

über grobe Vernachlässigung gesetzlicher Bestimmungen durch die Werkleitung und ihre Abteilungsleiter beschwerten oder gegen die Nichtbeachtung ihrer gewerkschaftlichen Rechte protestierten. Die BGL und auch die Parteileitung zeigten nicht immer die Bereitwilligkeit, diese Beschwerden anzuhören und für Änderung zu sorgen. Zum Beispiel beklagten sich in der Abteilung Absatz die Kollegen Lychner und Strauß über die unzureichende Versorgung mit Arbeitsschutzkleidung und über ungeheizte Umkleideräume. In einer Werkleiterbesprechung wies ich auf die Pflichten der Werkleitung zum Arbeitsschutz hin, die im Betriebskollektivvertrag festgelegt waren.

Die Volksvertreter im Betrieb haben nicht nur soziale Probleme zu behandeln, sondern ihre Pflicht ist es, sich auch den wirtschaftlichen Fragen der Betriebe zuzuwenden, z. B. zu kontrollieren, wie die Aufgaben des Betriebskollektivvertrags erfüllt werden; dazu gehören die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Senkung der Selbstkosten, des Ausschusses, die Qualifizierung der Werk-tätigen usw.

Wir sind sechs Volksvertreter im Betrieb und haben die Aufgabe, uns auch mit diesen Fragen zu beschäftigen. Aber jeder arbeitet für sich. Die Parteileitung hat uns noch nicht ein einziges Mal zusammengerufen, um gemeinsam mit uns eine Linie für unsere Arbeit festzulegen, unsere Arbeitsmethoden zu prüfen und uns Ratschläge zu erteilen. Der Parteisekretär, Genosse Fritz Schliebner, vertritt dazu eine falsche Meinung; er äußert, . . . daß Volksvertreter versierte Menschen sind, die selbst wissen müssen, wie sie ihre Arbeit durchzuführen haben. Uns fehlt dazu die Zeit, sie anzuleiten.“

Es gibt noch andere Möglichkeiten, uns Volksvertretern zu helfen. Zum Beispiel ein persönliches Gespräch mit einem Sekretär der Kreisleitung über bestimmte Fragen würde nicht nur für uns, sondern auch für die Kreisleitung von Nutzen sein. Das gleiche gilt auch für die Instrukteure der Kreis- und Bezirksleitung, die laufend unseren Betrieb aufsuchen. Eine Ausnahme macht die Genossin Grünberg, Instrukteur für Frauenfragen der Kreisleitung Prenzlauer Berg, mit der ich mich oft ausspreche.

In der Presse habe ich die Reise der Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR durch unsere DDR aufmerksam verfolgt und aus den Gesprächen, die sie mit den Werktätigen führten, entnommen, daß die Deputierten in der Sowjetunion bei allen Menschen in hoher Achtung stehen und die leitenden Parteiorgane sich sehr für ihre Arbeit interessieren und ihnen dabei jede Hilfe geben. Das sollte für uns Vorbild sein.

Als Volksvertreter für Groß-Berlin ist Genossin Moreike Mitglied der Ständigen Kommission für Jugendfragen. „Eine wirklich fruchtbare Arbeit hat sich in dieser Kommission noch nicht entwickelt“, bedauert Genossin Moreike. Das soll vor allem daran liegen, daß die Genossen Modrow und Grundwaid, beide Funktionäre der Bezirksleitung der FDJ Berlin, wenig Zeit für die Arbeit in der Kommission aufbringen und zum anderen ihre Arbeitsergebnisse in der FDJ als Resultat der Arbeit der Kommission heraussteilen. „Ich habe mich nie mit dieser Auffassung einverstanden erklärt“, sagt Genossin Moreike, „denn ich bin der Meinung, daß der Plan des Ministerrats zur Förderung der Jugend im Jahre 1956 und der Beschluß des Politbüros des ZK, ‚Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe‘, uns genügend Aufgaben stellen, die wir in der Ständigen Kommission lösen müssen. Solch ein Verhalten müßten wir eigentlich in der Parteigruppe der Berliner Volksvertretung kritisieren und die Genossen überzeugen, daß sie eine falsche Ansicht vertreten. Aber dazu haben wir niemals Zeit, denn nur eine